Auer Tageblatt

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 1.20 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.10 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 3.60 Mk., monatlich 1.20 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 4.02 Mk., monatlich 1.34 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Festtagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie die Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreis: Die 8spaltige Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Auerbach und dem Bezirk Schwarzenberg 25 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf., Reklamezeile 75 Pf. aus Auerbach und dem Bezirk Schwarzenberg 75 Pf., sonst 90 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Fehler infolge Nichtbeachtung dieser Bedingungen kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 77 — Donnerstag, den 3. April 1919 — 14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Daily Mail meldet: Die Verkündung des neuen Völkerbundvertrages wird am 5. April erfolgen.

Das amerikanische Kriegshandelsamt hat in Uebereinstimmung mit den assoziierten Nationen die Erlaubnis gegeben, am 9. April den Handel mit Deutschösterreich wiederaufzunehmen.

Nach dem Newyork Herald hat die Sonderkommission der Friedenskonferenz angegeben, daß auf Bitten der Engländer und Amerikaner Genf als Sitz des Völkerbundes gewählt worden.

Die englische Admiralität gibt bekannt, daß die große Flotte als solche zu bestehen aufgehört hat.

Dem Temps zufolge hat sich die Türkei der Entente gegenüber mit der freien Durchfahrt durch Bosporus und Dardanellen in Kriegs- und Friedenszeiten einverstanden erklärt.

Deutschlands Widerstand gegen einen Erdrosselungsfrieden.

Eindrücke eines amerikanischen Beobachters.

Der frühere Leiter der Evening Post und jetzige Herausgeber der liberalen Newyork Nation hat in Paris seine Eindrücke, die er während eines vierwöchigen Aufenthaltes in Deutschland gesammelt hatte, dem Korrespondenten der Daily News mitgeteilt. Nach ihm haben die führenden Männer in Deutschland keine Hoffnung mehr, daß sich ein vollständiger wirtschaftlicher und politischer Zusammenbruch innerhalb der nächsten drei Monate abwenden läßt, es sei denn, daß Nahrungsmittel kommen. Es besteht sogar vielfach die Auffassung, daß es sehr zweifelhaft ist, ob die Nahrungsmittel überhaupt noch rechtzeitig eintreffen können. Der einzige Grund, daß Ebert und Scheidemann sich noch hielten, sei die Tatsache, daß die Unabhängigen keine starke Persönlichkeit hätten, die sie gegen die jetzt regierenden Männer ausspielen könnten. Dem Korrespondenten ist die Hoffnungslosigkeit aufgefallen, die sich durch die Berichte, die von der Pariser Konferenz kommen, in ganz Deutschland verbreite. Diese Berichte und die Hungersnot übten eine furchtbar niederdrückende Wirkung aus. Die Abwendung des Bolschewismus hängt nach seiner Meinung nicht nur von der Frage ab, ob sich die Wiederaufnahme der Arbeit ermöglichen lasse. Zusammenfassend erklärte er, er habe mit Vertretern aller Schichten der Bevölkerung gesprochen und sich immer wieder davon überzeugt, daß ein Erdrosselungsfrieden von Deutschland mit Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages beantwortet werde, und daß in Deutschland vollkommene Einigkeit darüber herrsche, daß die äußersten Opfer gebracht werden müßten, um einem Frieden zu entgehen, der auf viele Jahre hinaus das Volk zu Not und Sklaverei verdammen würde. Wenn Deutschland durch Bolschewismus und wirtschaftlichen Ruin in die Tiefe gehen müsse, dann wolle es Frankreich wenigstens mitziehen, selbst wenn das die letzte Tat wäre, die Deutschland als Nation durchführen könnte. Weiter wies er dann noch auf die tiefgehende Beunruhigung hin, die die Mitglieder der Regierung wegen der gutdisziplinierten Armee Trotzkis an der deutschen Grenze hegen, und schloß mit den Worten: Ich kann nicht den Ernst der Lage übertreiben, ich könnte es nicht einmal, wenn ich es wollte. Es freut mich aber, sagen zu dürfen, daß ich in den offiziellen amerikanischen Kreisen hier in Paris ein sehr lebhaftes Verständnis für diese Dinge finde.

Oswald Garrison Villard ist allen, die ihn in Deutschland haben kennen lernen, als ein Mann von lauterer Gesinnung und scharfer Urteilsgabe bekannt. Er hat seine Studien und Beobachtungen in Deutschland in den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung und in allen Parteilagern gemacht und seine Enquete mit großer Gründlichkeit geführt. Er ist durch und durch Demokrat und steht auf dem Standpunkt, daß auch die amerikanische Demokratie nicht erstarren dürfe, sondern aus den sozialen und politischen Umwandlungen in Europa ihre Folgerungen ziehen müsse.

Fortschreitende Verständigung auf der Friedenskonferenz.

Wilsons energisches Auftreten gegen Frankreich.

Das Bureau Europapreß meldet aus Mailand: Der Sonderberichterstatter Mapelli berichtet dem Corriere de la Sera, daß die Finanzsachverständigen der Friedenskonferenz nach langwierigen Verhandlungen übereingekommen seien, die Verteilung der von Deutschland zu fordernden Kriegsentschädigung unter die Alliierten auf Grund der erlittenen Menschenverluste und nach dem Schaden eines jeden einzelnen Staates vorzunehmen. Die Tonnageverluste sollen durch eine entsprechende Anzahl von Schiffen ersetzt werden. Ferner wird dem Secolo mitgeteilt, daß es dem energischen Auftreten Wilsons und Lloyd Georges gelungen ist, von Clemenceau einzelne Zugeständnisse zu erwirken. Auch französische Kreise kommen immer mehr zu der Ansicht, daß als wirtschaftliche Garantie und Sicherheit nur der Völkerbund gelten kann. Daß Wilson ernstlich gewillt ist, die Prinzipien seiner 14 Punkte in die Tat umzusetzen, wird durch eine Erklärung des Präsidenten gegenüber amerikanischen Mitgliedern, bestätigt, daß in den Gesamtverhandlungen für die Aufstellung des Friedensvertrags und die damit zusammenhängenden Fragen eine Aenderung eintreten werde, wenn gewisse verzögernde Hindernisse und Widerstände nicht beseitigt, und ein gewisser Kreis nicht von Forderungen abgehen würde, die weder sachlich noch grundsätzlich seinen 14 Punkten entsprechen würden.

Mit der Meldung des Corriere de la Sera deckt sich eine Nachricht aus Amsterdam, die sogar schon Einzelheiten wissen will über die neue Festlegung der

Grundsätze in der Entschädigungsfrage.

Dem Telegraaf zufolge hat danach der Rat der Vier nochmals über die Entschädigungsfragen beraten. Es scheint, daß man jetzt eine neue Lösung in dieser Frage zu finden versucht, und zwar indem man in den Friedensvertrag folgende Punkte aufnimmt:

1. Die Festsetzung der Entschädigung, die Deutschland bezahlen muß.
2. Festsetzung des Zeitpunktes, an dem die ersten Zahlungen stattzufinden haben.
3. Festsetzung der Zahlungsmittel, über die den Alliierten die Verfügung gegeben wird, damit die Erfüllung der an Deutschland gestellten Forderungen gewährleistet ist.

So zeigen sich die Aussichten für baldigen Friedensschluß heute um manches besser, als gestern, zumal auch das

Schicksal der deutschen Kolonien

eine für uns günstigere Wendung zu nehmen scheint, wenn die nachfolgende Nachricht aus Rotterdam auf Wahrheit beruhen sollte:

Daily Telegraph meldet aus Paris, daß die Frage der deutschen Kolonien und der Kriegsentschädigung im Sinne der Wilsonschen Anträge endgültig entschieden sei. Der finanzielle und wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands werde durch amerikanische Milliardenkredite ermöglicht werden.

Das kann also nur heißen, daß uns unser Recht werden soll. Wir sind es aber nun nachgerade gewohnt, mit unwahren Meldungen derart überfüttert zu werden, daß wir erst einmal abwarten wollen, inwieweit der Rotterdamer Nachricht Glauben geschenkt werden darf.

Die Abrüstung des linken Rheinufers.

Das Algemeen Handelsblad meldet aus Paris: Auf der Friedenskonferenz scheint der Grundsatz der Abrüstung des linken Rheinufers angenommen worden zu sein. Für die Schleifungen der Festungen muß nur noch der Zeitpunkt festgesetzt werden. Große Schwierigkeiten bereitet die Beschlußfassung über andere militärische Einrichtungen, z. B. die Bahnlinien, Flugplätze usw. Viele Bestimmungen würden auch auf den rechtsrheinischen Gebietsstreifen Anwendung finden. Außerdem wird die Besetzung dieser Gebiete bis zu dem Zeitpunkt, wo Deutschland allen seinen Verpflichtungen nachgekommen sei, erwogen. Foch wird keinerlei Diskussionen über die Danziger Frage zulassen, sondern Erzberger auffordern, innerhalb 48 Stunden der Forderung der Alliierten nachzukommen. Man sei der Ansicht, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages Anfang Mai stattfinden könne.

Hände weg von Danzig!

Der Reichsminister für den Osten, August Winnig, nimmt in der Hartungschen Zeitung zur Frage der Landung polnischer Truppen in Danzig folgendermaßen Stellung: Wenn wir sagen, Hand weg von Danzig, so ist das mehr als ein Protest. Es ist eine Warnung, die sich nicht nur an die Polen richtet. Das Maß ist voll. Streckt man die Hand nach Danzig aus, so können wir uns über solche Schmach nicht mehr auf den Protest des Wortes beschränken, da müßte und würde das deutsche Volk wieder zur Nation werden, die freudig alles an ihre Ehre setzt.

Foch und Erzberger.

Reichsminister Erzberger ist gestern gegen 5 Uhr nachmittag in Spa eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich als Vertreter des Auswärtigen Amtes Unterstaatssekretär Freiherr Langwerth von Simmern, ferner als Leiter der Zentralstelle des deutschen Grenzschutzes Ost der Major im Generalstab Freiherr von Willisen, der Vorsitzende der Unterkommission für Transportwesen bei der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa, der Oberbürgermeister von Danzig sowie ein Vertreter der Waffenstillstandskommission in Berlin. Zum Empfang Erzbergers war der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa, General von Hammerstein, mit einigen Mitgliedern der deutschen Kommission am Bahnhof erschienen. Marschall Foch wird heute früh in Spa eintreffen. Die Verhandlungen über die Frage der Landung polnischer Truppen in Danzig beginnen heute früh 10 Uhr.

Berliner Vorbesprechungen für die Friedensverhandlungen.

In der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen fand eine Besprechung mit den in Berlin anwesenden diplomatischen Vertretern der deutschen Bundesstaaten statt. Der Vorsitzende gab Aufschlüsse über die Organisation der Geschäftsstelle, über den Stand der vorbereitenden Arbeiten für den Friedensschluß im allgemeinen, sowie über einige politische und territoriale Fragen im besonderen. Ein Vertreter der Handelsabteilung des Auswärtigen Amtes referierte über die bei dem Vorfrieden in Betracht kommenden Wirtschaftsfragen.

Die deutsche Finanzkommission in Paris.

Die erste Versammlung der Finanzkommission der Friedenskonferenz mit den deutschen Vertretern wird am heutigen Donnerstag in Compiegne stattfinden.

Verhandlungen auch in Köln.

Die in Rotterdam begonnenen Verhandlungen mit den alliierten Regierungen über den Verkauf deutscher Erzeugnisse zur Erzielung der Auslandsvaluta für den Lebensmittelverkauf, werden am 3. April, und zwar in Köln fortgesetzt. Dr. Hjalmar Schacht, Direktor der Nationalbank für Deutschland, und in dessen Vertretung Dr. Alexander Kreuter, Referent der Waffenstillstandskommission für wirtschaftliche Angelegenheiten, sind zur Mitunterzeichnung der getätigten Vertragsabschlüsse bevollmächtigt.

Die Gefahren des Ruhrreviers.

Im Ruhrgebiet vollzieht sich augenblicklich, was man im Verlauf der Revolutionsgeschichte immer wieder beobachtet hat: Eine kleine bewegliche radikale Minderheit terrorisiert eine große Mehrheit. Der Terror der Spartakisten spottet jeder Beschreibung. Die Dinge stehen augenblicklich so, daß manche mehrheitssozialistischen Arbeiterräte in besonders hart bedrohten Gebieten sich fortgesetzt in Lebensgefahr fühlen. Andererseits sind durch die allgemeine Nervosität in verschiedenen Orten Schießereien der Sicherheitswehren veranlaßt worden, die den Spartakisten Wasser auf die Mühlen geleitet haben. Die große Gefahr des nunmehr erklärten Generalstreiks liegt zunächst darin, daß das Ersaufen der Schächte viel näher gerückt ist als vorher. Tatsächlich sind auch bereits einige Flöze einiger Gruben bei Dortmund ersoffen. Ob diese schwere Gefahr durch Beilegung des Generalstreiks abgewendet werden kann, ist schwer zu sagen; namentlich gerade jetzt, wo von einer

Verschärfung der Streiklage

wieder die Rede ist. Entgegen den bisherigen, beruhigend lautenden Nachrichten aus dem Ruhrgebiet erhält nämlich das Berl. Tagebl. folgende Nachricht aus Essen:

Die Streiklage im Ruhrgebiet hat eine bedenkliche Verschärfung erfahren. Während es am Dienstag noch den Eindruck machte, als ob die große Mehrzahl der Bergleute der kommunistischen Generalstreikparole nicht Folge leisten würde, kamen gestern aus allen Teilen des Ruhrbezirks Meldungen über neue Arbeitseinstellungen, so daß es den Anschein gewinnt, als ob der Streik doch ziemlich allgemein werden wird. Im Essener Revier hat der Ausstand gestern ebenso wie in den Bezirken von Mülheim und Borop auf die große Mehrzahl der Zechen übergegriffen. Nur auf wenigen Zechen sind die Belegschaften gestern noch eingefahren. Auch im Dortmunder, Bochumer, Herner, Wittener und Recklinghausener Revier sind zahlreiche weitere Zechen vom Ausstand betroffen. Im Hamborner Revier ist gestern